

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand der Jusos Sachsen (dort beschlossen am: 28.03.2026)

Titel: Der Sparkurs ist politisch, auch in Sachsen!

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:

Antragstext

1 Kürzungen im sozialen Bereich, bei Demokratieprojekten und öffentlicher
2 Infrastruktur sind kein Ausdruck „leerer Kassen“, sondern Ergebnis einer
3 Prioritätensetzung, die gesellschaftliche Ungleichheit weiter verschärft.

4 Auch in Sachsen wird diese Argumentation aktuell genutzt. Ein Haushaltsdefizit
5 in Milliardenhöhe trifft auf eine besonders restriktive Schuldenbremse, die die
6 finanziellen Spielräume des Landes stark begrenzt und kurzfristige politische
7 Handlungsmöglichkeiten einschränkt. Eine grundlegende Veränderung dieser
8 Rahmenbedingungen ist unter den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Landtag
9 nur unter sehr hohen politischen Hürden möglich.

10 Austerität bedeutet dabei nicht, dass der Staat insgesamt weniger ausgibt.
11 Vielmehr entscheidet sie darüber, wofür öffentliche Mittel eingesetzt werden und
12 für wen. Während bei sozialer Infrastruktur, Bildung, Jugend und demokratischer
13 Teilhabe gekürzt wird, bleiben andere Ausgaben unangetastet oder werden sogar
14 ausgeweitet. Staatliches Handeln wird so gezielt zugunsten wirtschaftlicher und
15 finanzieller Interessen verschoben.

16 Diese Politik wird durch das Narrativ vermeintlicher Sachzwänge legitimiert. Die
17 Vorstellung, öffentliche Haushalte müssten sich wie private Haushalte verhalten,
18 entpolitisiert zentrale Verteilungsfragen und entzieht sie demokratischer

Auseinandersetzung. Tatsächlich sind die finanziellen Spielräume des Staates politisch bestimmt und jederzeit veränderbar. Das zeigt sich besonders deutlich an den aktuellen finanzpolitischen Entscheidungen auf Bundesebene und wirft ein Schlaglicht auf die Widersprüchlichkeit der Debatte auch in Sachsen: Während die Schuldenbremse für bestimmte Ausgaben ausgesetzt und milliarden schwere Sondervermögen geschaffen werden, wird gleichzeitig an anderer Stelle auf Kürzungen gedrängt. Die Frage ist also nicht, ob öffentliche Mittel vorhanden sind, sondern wofür sie eingesetzt werden.

Die Folgen dieser Politik sind gravierend. Der Rückzug des Staates aus zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge hat bereits in den vergangenen Jahrzehnten zu massiven strukturellen Defiziten geführt. Privatisierung, Unterfinanzierung und die Orientierung an betriebswirtschaftlichen Logiken haben die Versorgung verschlechtert und soziale Ungleichheit verstärkt und damit den gesellschaftlich erarbeiteten Wohlstand zunehmend von den Vielen zu den wenigen Besitzenden verschoben.

Gleichzeitig untergräbt diese Entwicklung die demokratische Stabilität der Gesellschaft. Wachsende Ungleichheit führt zu politischer Entfremdung und schwächt das Vertrauen in demokratische Institutionen. Eine Gesellschaft, in der immer mehr Menschen das Gefühl haben, keinen Einfluss auf ihre Lebensbedingungen zu haben, verliert ihre demokratische Grundlage. Austerität ist damit nicht nur sozial ungerecht, sondern auch demokratieschädlich. Sie entzieht der öffentlichen Hand die Mittel, um gesellschaftliche Teilhabe zu sichern, und verstärkt gleichzeitig die Machtkonzentration bei wenigen.

Auch die Sozialdemokratie steht in diesem Kontext in der Verantwortung. Die Übernahme neoliberaler Politikansätze hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem erheblichen Vertrauensverlust geführt. Eine Politik, die Kürzungen mitträgt, obwohl sie deren gesellschaftliche Folgen kennt, steht im Widerspruch zu ihrem eigenen Anspruch, für soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe einzutreten.

Auch in Sachsen ist das Haushaltsdefizit kein neutraler Sachverhalt, der zwangsläufig zu Kürzungen führen muss. Es ist Teil eines politisch gesetzten Rahmens, der bestimmte Handlungsmöglichkeiten erschwert, aber keine bestimmte politische Antwort vorgibt.

In einer Minderheitsregierung besteht kein Zwang zur politischen Anpassung, sondern ein erhöhter Bedarf an klarer Positionierung. Wo Mehrheiten organisiert werden müssen, wird sichtbar, ob politische Akteur*innen bereit sind, für soziale Prioritäten zu kämpfen oder Kürzungspolitik mitzutragen.

Die aktuelle Haushaltspolitik ist Ausdruck politischer Prioritäten. Und genau diese Prioritäten müssen grundlegend verändert werden.

Für eine progressive und zukunftsfähige Finanzpolitik

Aus der Analyse ergibt sich für uns ein klares Verständnis von Finanzpolitik: Öffentliche Haushalte sind ein zentrales Instrument demokratischer Gestaltung und entscheiden darüber, wie gesellschaftlicher Wohlstand geschaffen, verteilt und gesichert wird.

Eine solidarische Finanzpolitik orientiert sich daher nicht an der Begrenzung staatlicher Ausgaben, sondern an den gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Sie schafft die Voraussetzungen für sozialen Zusammenhalt, demokratische Stabilität und eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation.

Daraus leiten wir folgende Grundprinzipien ab:

Investieren statt kürzen.

Öffentliche Investitionen sind keine Belastung, sondern die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftlichen Fortschritt und ökologische Transformation. Unterlassene Investitionen gefährden langfristig Wohlstand, soziale Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit.

Umverteilung statt wachsender Ungleichheit.

Der gesellschaftlich erarbeitete Wohlstand ist ungleich verteilt. Eine gerechte Finanzpolitik sorgt dafür, dass hohe Vermögen und Kapitaleinkommen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, während kleine und mittlere Einkommen entlastet werden.

Daseinsvorsorge stärken statt dem Markt überlassen.

Zentrale Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Mobilität und soziale Infrastruktur dürfen nicht nach Profitlogiken organisiert werden. Sie sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und müssen verlässlich, zugänglich und demokratisch gestaltet werden.

Demokratie sichern statt Teilhabe abzubauen.

Soziale Sicherheit und öffentliche Infrastruktur sind Voraussetzungen demokratischer Teilhabe. Eine Finanzpolitik, die hier kürzt, gefährdet die Grundlagen unserer Demokratie. Eine progressive Finanzpolitik stärkt daher gezielt jene Bereiche, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Dieses Leitbild steht im klaren Gegensatz zu einer Politik der Austerität.

92 Während Austerität gesellschaftliche Ungleichheit vertieft und demokratische
93 Handlungsspielräume einschränkt, zielt eine progressive Finanzpolitik darauf ab,
94 die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen einer solidarischen Gesellschaft
95 aktiv zu gestalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.